



Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Erweiterung und Entwicklung der Region Kaliningrad

Der Landtag wolle beschließen:

Der EU-Russland-Gipfel von Ende Mai 2002 in Moskau hat bezüglich der Situation in Kaliningrad keine positiven Ergebnisse in der wichtigen Visa-Frage gebracht. Dazu kommt, dass bis zum Ende dieses Jahres die Verhandlungen über die Erweiterung der EU voraussichtlich abgeschlossen sein werden und damit die Region Kaliningrad zu einer Enklave Russlands wird.

Vor diesem Hintergrund bedeutet Politik für Kaliningrad eine besondere Herausforderung nicht nur für die EU und für Russland, sondern auch für alle beteiligten Akteure. Der Partnerschaften Schleswig-Holsteins mit Kaliningrad kommt also eine hohe Bedeutung zu. Ihre Weiterentwicklung muss einer der Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Ostseepolitik bleiben.

Der Landtag fordert daher den Ostseerat und die Ostseeparlamentarierkonferenz auf,

- neue Initiativen anzuregen und zu unterstützen, die die weitere Entwicklung der Kooperation sicher stellen;
- den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Standards durch entsprechende politische Initiativen voranzutreiben;
- sich dafür einzusetzen, dass möglichst schnell einvernehmliche Regelungen für die Grenz-, Visa- und Transitregime gefunden werden, die es möglich machen, Kooperationen fortzusetzen und auszuweiten;
- sich dafür einzusetzen bzw. weitere Initiativen zu ergreifen, um eine deutsche konsularische Präsenz in Kaliningrad zu erreichen;
- der Modernisierung der Landwirtschaft auch weiterhin hohe Priorität einzuräumen,
- die Förderung von Jugendaustausch, insbesondere durch die Einrichtung einer Ostseejugendstiftung, zu unterstützen,

- auf eine schnelle Verbesserung der Verkehrsanbindungen nach Kaliningrad hinzuwirken, dies gilt insbesondere für die Einbeziehung Kaliningrads in die „Via Baltica“ und die Via Hanseatica“.

Rolf Fischer
und Fraktion

Rainer Steenblock
und Fraktion